

Diskriminierung als Alltagserfahrung

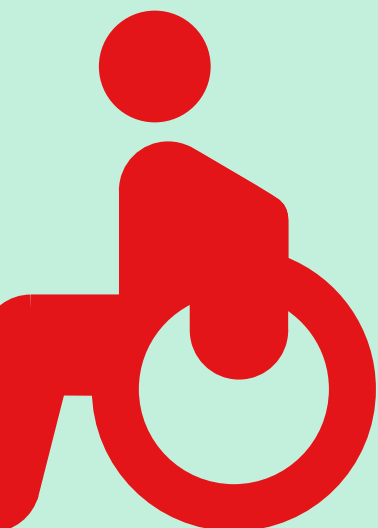
Erlebte Diskriminierung und ihre Konsequenzen
für Menschen mit Beeinträchtigung

Eine vergleichende Studie auf Basis von Umfrageergebnissen von
Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung

2. Jahrgang (2026)

Das WIR gewinnt

**Aktion
MENSCH**





Aktion Mensch

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 hat sie mehr als fünf Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Ziel der Aktion Mensch ist, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. Mit den Einnahmen aus ihrer Lotterie unterstützt die Aktion Mensch jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Möglich machen dies rund vier Millionen Lotterieteilnehmer*innen. Zu den Mitgliedern gehören: ZDF, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Gesamtverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Ipsos

Ipsos Public Affairs ist der auf Politik- und Sozialforschung spezialisierte Bereich von Ipsos in Deutschland. Im Fokus stehen unter anderem Untersuchungen zu gesellschaftlichen Einstellungen, politischer Kommunikation, öffentlichen Dienstleistungen sowie zu sozialen Trends. Ipsos Public Affairs unterstützt auf Basis empirischer Forschung öffentliche Institutionen, Ministerien, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure. Als Teil des internationalen Ipsos-Netzwerks mit über 20.000 Mitarbeitenden in rund 90 Ländern verbindet Ipsos Public Affairs globale Expertise mit lokalem Wissen. In Deutschland ist das Institut an mehreren Standorten vertreten, darunter Berlin, Hamburg, Frankfurt, München und Nürnberg.

Teilhabe-Community

Die Teilhabe-Community ist das erste Online-Befragungspanel in Deutschland, das speziell für Menschen mit Beeinträchtigung konzipiert wurde. Es wurde gemeinsam von Aktion Mensch und dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos entwickelt, um deren bislang geringe Berücksichtigung in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung zu verbessern. Durch die Teilnahme am Panel erhalten Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, ihre Perspektiven einzubringen und sichtbar zu machen. Die Befragungen sind barrierefrei gestaltet, um Menschen mit unterschiedlichen Arten der Beeinträchtigung die Teilnahme zu ermöglichen. Ziel ist es, fundierte Erkenntnisse über Lebensrealitäten und Bedarfe zu gewinnen sowie inklusivere Produkte und Dienstleistungen zu fördern.

Inhalt



Einleitung	4
Mobbingerfahrungen	5
Diskriminierungserfahrungen	9
Folgen von Diskriminierung	13
Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt	14
Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	17
Diskriminierung im Alltag und im digitalen Raum	20
Diskriminierung durch Staat, Behörden und Gesundheitssystem	23
Ideen gegen Diskriminierung	26
Fazit	27
Methodik	29
Literaturverzeichnis	30
Impressum	32

Einleitung

Diskriminierung und Mobbing gehören für viele Menschen mit Beeinträchtigung noch immer zum Alltag. Trotz gesetzlicher Schutzmaßnahmen wie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und der UN-Behindertenrechtskonvention erleben sie Benachteiligungen in nahezu allen Lebensbereichen. Ob auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Kontakt mit Behörden und dem Gesundheitssystem, im öffentlichen Raum oder im Internet: Viele Menschen mit Beeinträchtigung stoßen weiterhin auf Barrieren, Vorurteile und Ausgrenzung.

Die Auswirkungen reichen dabei weit über einzelne Vorfälle hinaus. Diskriminierung kann etwa das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen beeinträchtigen, die Teilhabe am sozialen Leben einschränken und langfristige Folgen für das Wohlbefinden der Betroffenen haben. Um dagegen vorzugehen, ist es daher wichtig zu verstehen, wo Benachteiligungen auftreten, wie Betroffene damit umgehen und welche Unterstützung sie benötigen.

Die Ergebnisse der ersten Befragung im Jahr 2025 haben gezeigt, dass Mobbing und Diskriminierung für viele Menschen mit Beeinträchtigung zum Alltag gehören und deutlich häufiger auftreten als in der Gesamtbevölkerung. Um diese Entwicklung langfristig beobachten und Veränderungen sichtbar machen zu können, wurde die Befragung 2026 erneut durchgeführt. Befragt wurden Menschen mit Beeinträchtigung sowie Personen aus der Gesamtbevölkerung. Neben Mobbing- und Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen wurden deren Folgen, die Reaktionen der Betroffenen sowie mögliche Maßnahmen zur Verringerung von Diskriminierung untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass Mobbing und Diskriminierung weiterhin ein drängendes gesellschaftliches Problem darstellen. Während sich einzelne Entwicklungen in der Gesamtbevölkerung positiv darstellen, bleibt die Situation für Menschen mit Beeinträchtigung vielfach unverändert belastend. Die Ergebnisse machen zugleich deutlich, welche strukturellen Barrieren bestehen, welche Folgen Benachteiligungen für die Betroffenen haben und welche konkreten Veränderungen sie für eine diskriminierungsärmere Gesellschaft fordern.

Mobbing Erfahrungen

Mobbing stellt eine gezielte und absichtliche Form der Gewalt dar, bei der eine oder mehrere Personen von anderen, die körperlich oder sozial überlegen sind, verletzt, schikaniert oder unterdrückt werden. Oft sind die Betroffenen nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft gegen diese Übergriffe zur Wehr zu setzen. Der Begriff „Mobbing“ leitet sich aus dem Englischen „to mob“ (anpöbeln, angreifen) ab (Duden online 2026).

Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung geben an, in den letzten fünf Jahren Mobbing erfahren zu haben. In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei etwas mehr als einem Viertel (28 Prozent). Der starke Unterschied beim Erleben von Mobbing zeigt, dass dieses Problem Menschen mit Beeinträchtigung signifikant häufiger betrifft.

Die häufigste Form des Mobbing, die Menschen mit Beeinträchtigung erleben, ist die soziale Ausgrenzung, wobei dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist (2025: 37 Prozent versus 2026: 32 Prozent). Nichtsdestotrotz ist diese Form des

**„Mir wurde immer etwas
im die Schuhe geschoben,
wofür ich gar nichts konnte,
und was ich nicht gemacht
habe. Ich wurde ignoriert
und beleidigt.“**

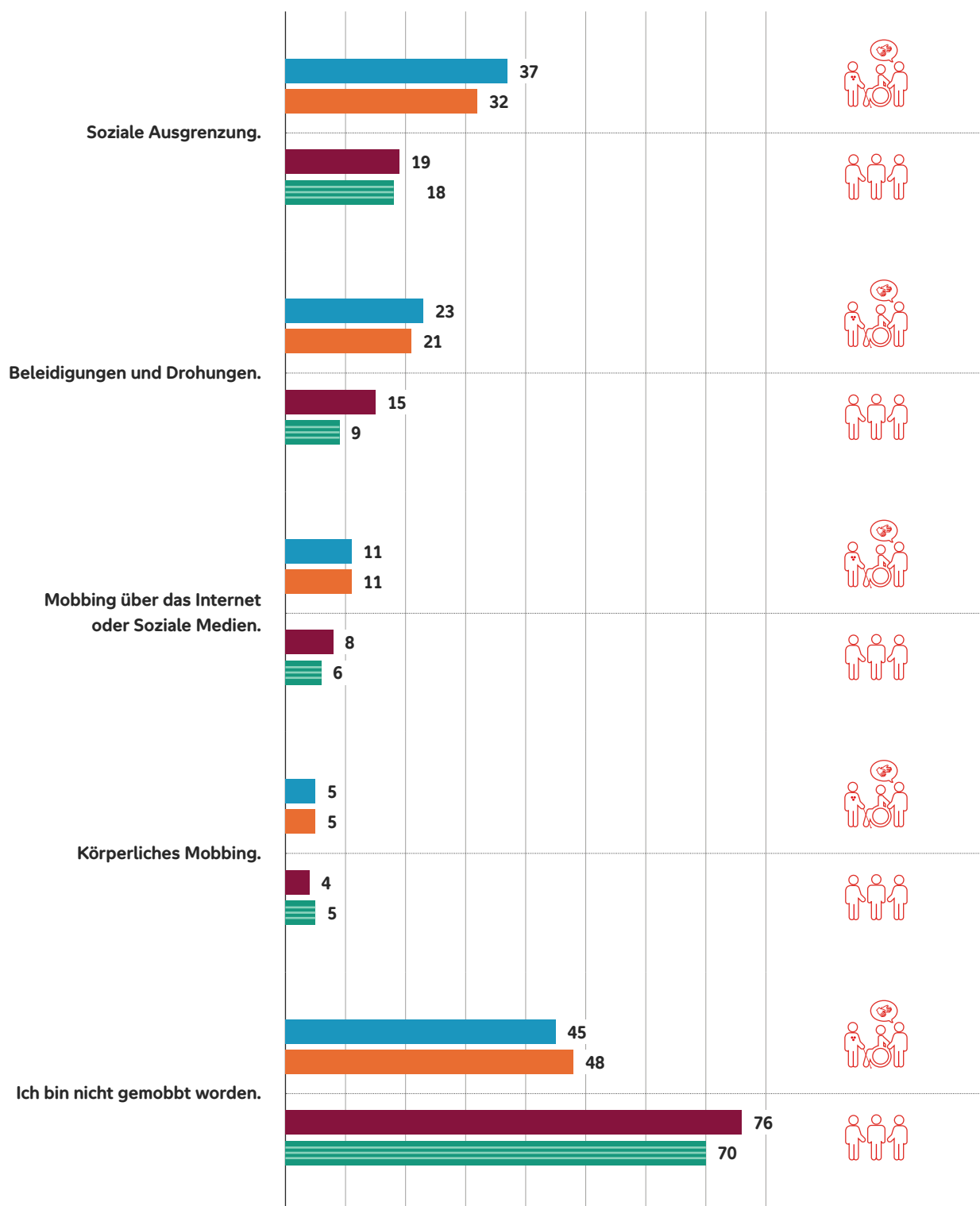
Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung

“

Mobbings besonders kritisch zu betrachten, da sie zu sozialer Isolation führt und das Gefühl des Andersseins bei Menschen mit Beeinträchtigung verstärkt. Zudem sehen sich 21 Prozent Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt, was ein zusätzliches Maß an Feindseligkeit gegenüber dieser Gruppe in Teilen der Gesellschaft verdeutlicht.

Abbildung 1:
Mobbingerfahrungen in den vergangenen fünf Jahren

Frage: Bitte denke an die letzten 5 Jahre. Wie bist du in den letzten 5 Jahren gemobbt worden?



● Teilhabe-Community 2025 ● Teilhabe-Community 2026 | ● Gesamtbevölkerung 2025 ● Gesamtbevölkerung 2026

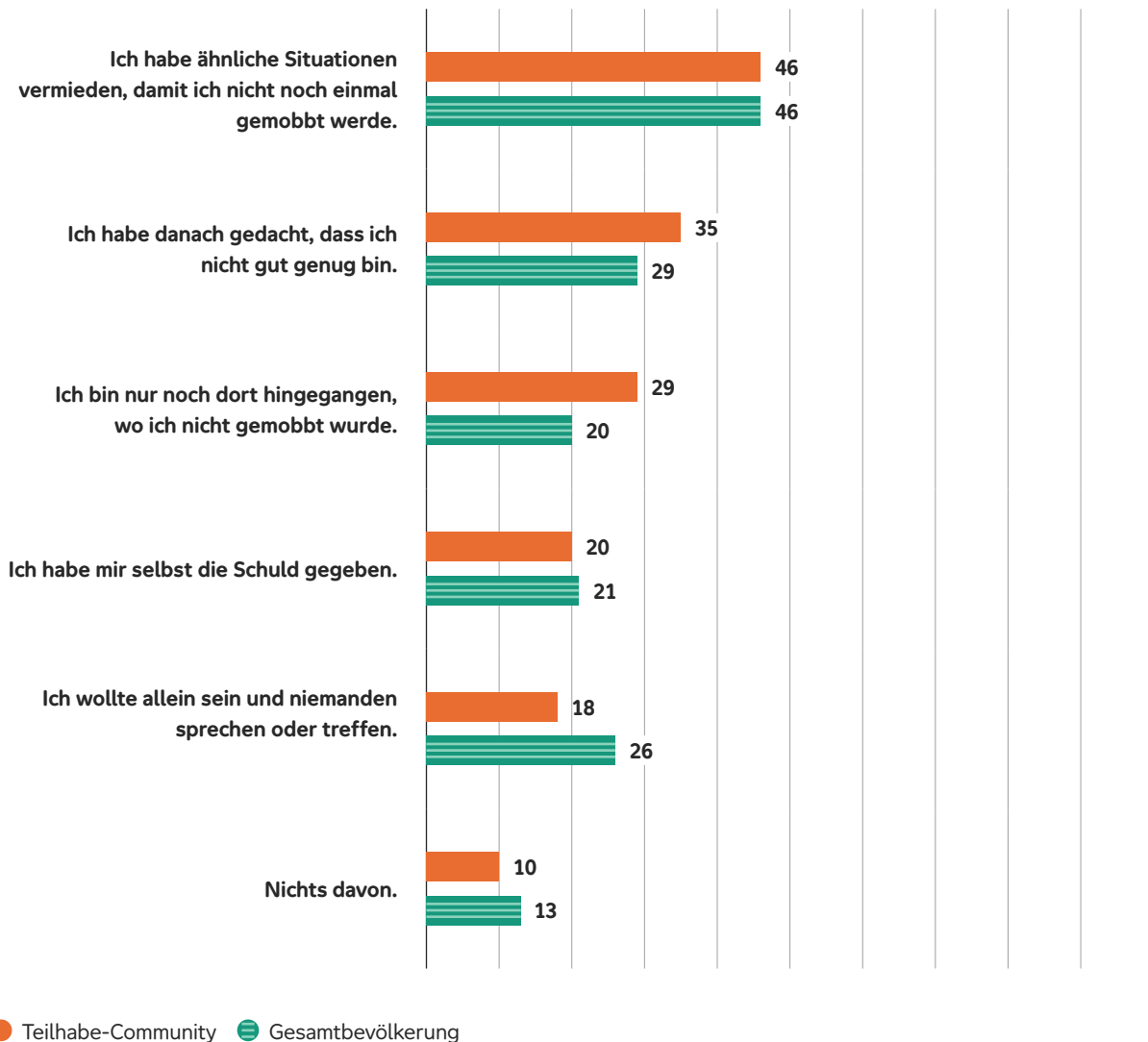
Darstellung in Prozent | Mehrfachauswahl möglich | Antwortmöglichkeiten gekürzt | Basis: Menschen mit Beeinträchtigung n = 593; Gesamtbevölkerung n = 500

Mobbing hat gravierende Folgen für die Betroffenen und kann sowohl ihre körperliche als auch seelische Gesundheit erheblich beeinträchtigen. Menschen, die Mobbing erfahren haben, fühlen sich häufig einsam und haben Schwierigkeiten, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Viele Betroffene isolieren sich sogar von der Gesellschaft. Bei diesem Phänomen ist jedoch ein positiver Trend zu beobachten. Gab 2025 noch ein gutes Drittel der Betroffenen mit Beeinträchtigung an, sich zu isolieren (36 Prozent), sagt dies 2026 nur noch ein gutes Viertel (28 Prozent). Doch auch wenn sich weniger Betroffene mit Beeinträchtigung vollstän-

dig isolieren, verändert Mobbing für fast die Hälfte von ihnen ihr Leben und ihre Gewohnheiten. Fast die Hälfte (46 Prozent) meidet bestimmte Situationen, in denen sie bereits gemobbt wurde, um weiteren Übergriffen zu entgehen. Fast jede*r Dritte (29 Prozent) besucht nur noch Orte, an denen sie wissen, dass sie nicht gemobbt werden. Ein Grund dafür, dass sie diesen Situationen ausweichen, könnte sein, dass 20 Prozent der Betroffenen sich selbst die Schuld für das Mobbing geben. Diese Werte haben sich zum vergangenen Jahr nicht verändert und weisen auf die massive Auswirkung von Mobbing auf das alltägliche Leben hin.

Abbildung 2: Reaktionen der Betroffenen auf Mobbing Erfahrungen

Frage: Menschen reagieren unterschiedlich auf Mobbing. Was hast du nach Mobbing Erfahrungen gemacht?



Darstellung in Prozent | Mehrfachauswahl möglich | Basis: Nur Befragte, die in den letzten 5 Jahren gemobbt worden sind.
Menschen mit Beeinträchtigung n = 287; Gesamtbevölkerung n = 140

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, wie Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark, Serbien, Belgien, Spanien, den Niederlanden oder Frankreich, existiert in Deutschland kein Gesetz, das sich explizit dem Thema Mobbing widmet (Schnathorst / Mäder 2025). Auch der Begriff „Mobbing“ hat bislang keinen Eingang in die deutsche Gesetzgebung gefunden – weder im Zivil- oder Strafrecht noch im Arbeitsrecht. Da Mobbing häufig aus vielen kleinen, oft versteckten Handlungen besteht, ist es rechtlich schwer zu fassen. Die Strafverfolgung kann meist nur bei klaren Fällen von Beleidigung oder Körperverletzung eingreifen. Einzelne Mobbinghandlungen sind oft nicht strafbar, selbst wenn sie über längere Zeit hinweg erheblichen Schaden verursachen (ebenda). Daher besteht dringender Handlungsbedarf, um Betroffene besser zu schützen und Mobbing wirksam zu bekämpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Mobbing nicht nur strafrechtlich verfolgt werden, sondern es müssen auch präventive Maßnahmen ergriffen werden, um potenzielle Opfer zu schützen. Am Arbeitsplatz haben 63 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung jedoch nicht das Gefühl, ausreichend gegen Mobbing geschützt zu sein. Der Großteil (81 Prozent) sagt außerdem, dass Internetplattformen nicht genug tun, um Mobbing zu verhindern. Die Wahrnehmung, dass zu wenig gegen Mobbing getan wird, könnte damit zusammenhängen, dass Menschen mit Beeinträchtigung das Gefühl haben, ihre Mobbing Erfahrungen würden von der Gesellschaft nicht ausreichend gesehen. 70 Prozent von ihnen haben den Eindruck, dass selbst gravierendes Mobbing von der Gesellschaft oft als zulässige Meinungsäußerung betrachtet wird. An dieser Stelle sind Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen über Mobbing bei Menschen mit Beeinträchtigung sowie über die Folgen von Mobbing in vielen Teilen der Gesellschaft dringend erforderlich.

„Ich habe mich verbal gewehrt, indem ich darauf hingewiesen habe, dass jeder zu jeder Zeit durch ein unerwartetes Ereignis in die Situation kommen kann, dass er auf Unterstützung, Hilfe und Rücksichtnahme angewiesen ist. Mit gemischtem Erfolg.“

Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung



Diskriminierungserfahrungen

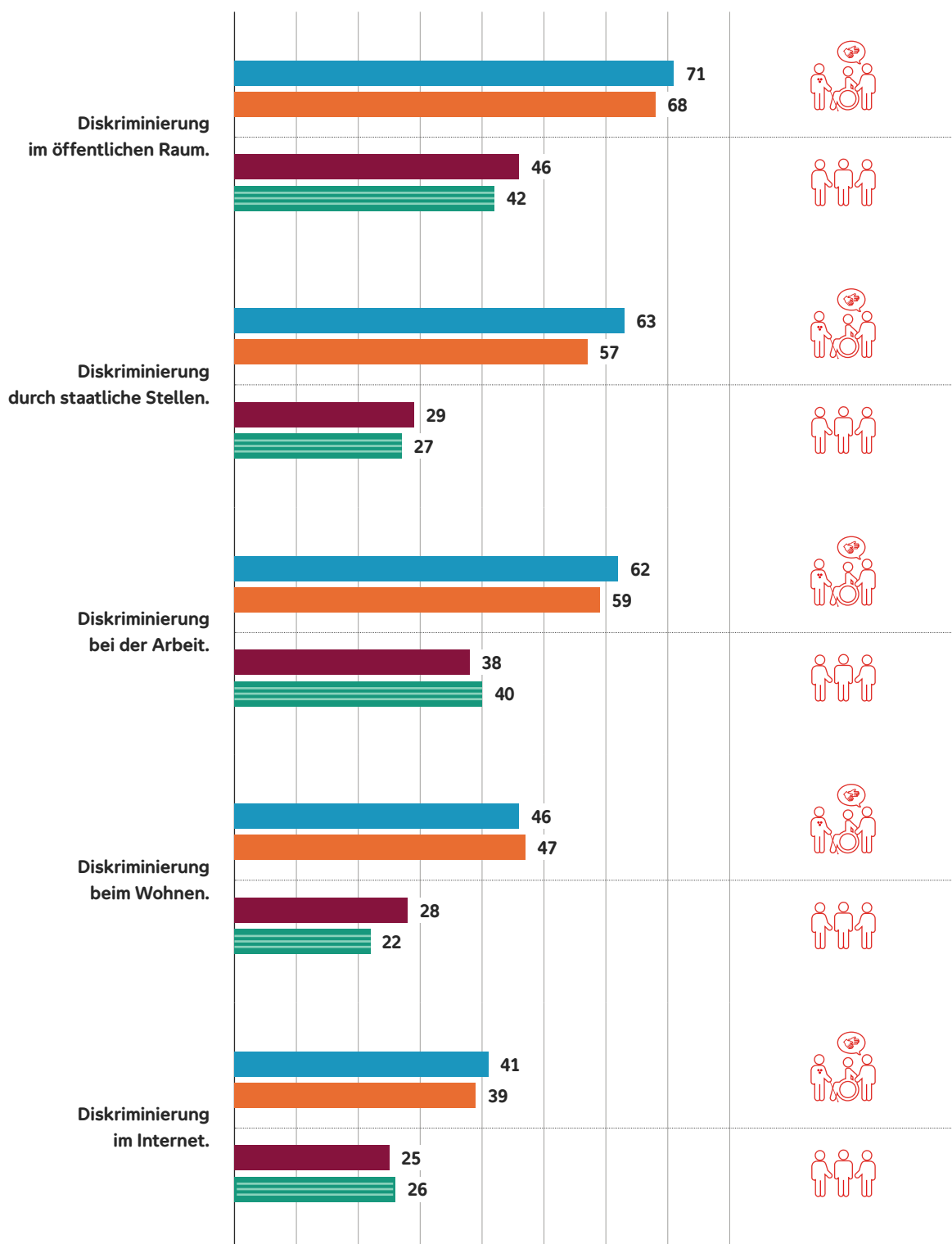
Während Mobbing ein Verhalten darstellt, das wiederholt und absichtlich eine Person verletzt oder ausgrenzt, bedeutet Diskriminierung, dass Gruppen oder Einzelpersonen unfair behandelt werden, weil sie bestimmten Gruppen angehören oder bestimmte Merkmale aufweisen, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft, Alter oder Behinderung. Mobbing und Diskriminierung können sich überschneiden, wenn Mobbing aus diskriminierenden Gründen erfolgt.

Allerdings ist nicht jedes Mobbing auch Diskriminierung, da es oft persönliche oder soziale Gründe hat und nicht immer rechtlich geschützte Merkmale betroffen sind (Schnathorst / Mäder 2025). Diese rechtlich geschützten Merkmale bilden die Grundlage für den Schutzanspruch von Diskriminierungsbetroffenen. Neben dem Schutz der Menschenwürde (Artikel 1 Absatz 1 GG) und dem Allgemeinen Gleichheitssatz (Artikel 3 Absatz 1 GG) des Grundgesetzes verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eine „Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ (Paragraf 1 AGG). Wenn jemand gegen das Diskriminierungsverbot verstößt, haben die betroffenen Personen das Recht, sich gegenüber Privatpersonen oder Arbeitgeber*innen zu wehren, die sie unfair behandelt haben.

Eine Möglichkeit, sich gegen Diskriminierung in diesen Bereichen zu wehren, ist sich Beratung und Unterstützung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes einzuholen. Diese verzeichnete im Jahr 2025 insgesamt 13.067 Beratungsanfragen, ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zu 2024 (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2025). Der Großteil (80 Prozent) dieser Beschwerden basieren auf AGG-Merkmalen. Diskriminierungen wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung bilden nach der rassistischen Diskriminierung dabei die zweitgrößte Gruppe. Doch trotz Existenz einer offiziellen Stelle des Bundes sind laut unseren Umfrageergebnissen nur wenige Menschen in Deutschland der Meinung, dass in Deutschland genügend gegen Diskriminierung unternommen wird (Menschen mit Beeinträchtigung: 15 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 23 Prozent). Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert für die angestoßene Reform des AGG, die Antidiskriminierungsstelle durch verbesserte personelle und finanzielle Ressourcen zu stärken und ihr darüber hinaus die Befugnis zu geben, Untersuchungen durchzuführen sowie Stellungnahmen in einzelnen Diskriminierungsfällen zu veröffentlichen (Deutsches Institut für Menschenrecht 2026). Auf diese Weise könnte die Wirksamkeit und Strahlkraft der Anlaufstelle vergrößert werden.

Abbildung 3:
Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen

Frage: Welche Barrieren oder Diskriminierungen hast du schon einmal erlebt?



● Teilhabe-Community 2025 ● Teilhabe-Community 2026 | ● Gesamtbevölkerung 2025 ● Gesamtbevölkerung 2026

Darstellung in Prozent | Darstellung abzüglich der Aussagen „Ich habe keine Diskriminierung erlebt“, „weiß nicht“ und „möchte ich nicht beantworten“. | Antwortmöglichkeiten gekürzt | Basis: Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 593; Gesamtbevölkerung n = 500

Die Gesetzgebung und weitere staatliche Maßnahmen sind offensichtlich unzureichend, wie die Anzahl aller Befragten zeigt, die angibt, in den letzten fünf Jahren generell Diskriminierung erfahren zu haben. Werden die Befragten zu Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen in einem Fragenkomplex interviewt, so geben 31 Prozent der Gesamtbevölkerung an, in einem der sechs Lebensbereiche diskriminiert zu werden beziehungsweise worden zu sein. Hier lässt sich sogar ein Rückgang der Diskriminierung im Vergleich zum Vorjahr beobachten (2025: 36 Prozent). Unter Menschen mit Beeinträchtigung ist dieser Trend nicht zu verzeichnen: Der Anteil ist weiterhin deutlich höher und liegt unverändert bei 59 Prozent.

Werden die verschiedenen Lebensbereiche fokussiert, so berichten mehr als zwei Drittel (68 Prozent) dieser Gruppe von Diskriminierung im Privatleben oder in der Öffentlichkeit. 59 Prozent erleben sie im Arbeitsleben. Darüber hinaus deklariert deutlich mehr als die Hälfte (57 Prozent) eine Diskriminierung durch staatliche Stellen, Behörden und durch das Gesundheitssystem. Im Vergleich zum Vorjahr (2025) lässt sich bei Menschen mit Beeinträchtigung ein leichter Rückgang der Diskriminierung in den einzelnen Teilbereichen beobachten. Dieser ist jedoch zu klein, um ihn als Positivtrend beschreiben zu können und muss in den kommenden Jahren weiter beobachtet werden. Die folgenden Kapitel dieses Berichts werden detaillierter auf Aspekte der Diskriminierung in diesen Bereichen eingehen.

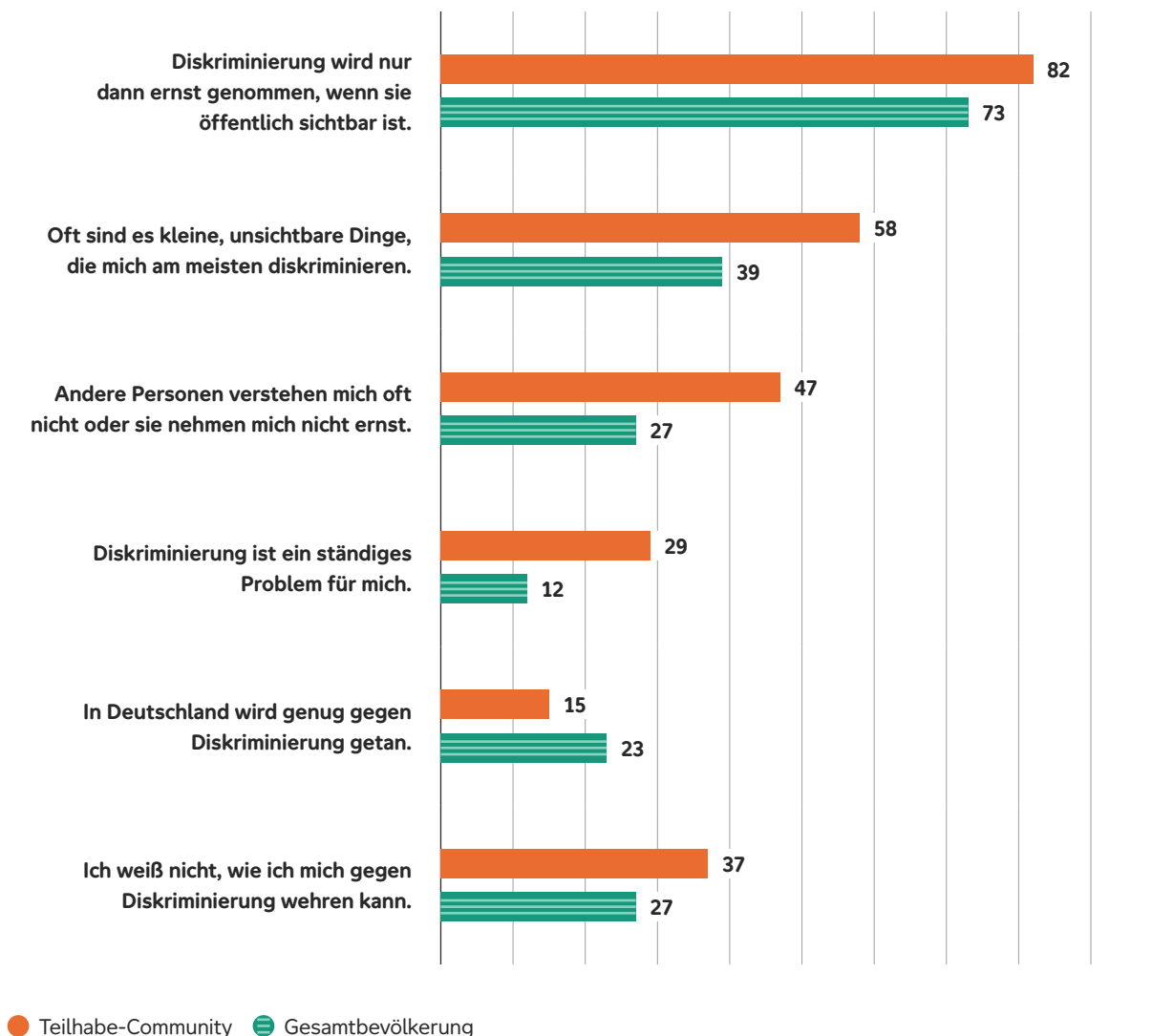
Die Tatsache, dass Menschen mit Beeinträchtigung in allen Lebensbereichen mehr Diskriminierungserfahrungen machen als die Gesamtbevölkerung, spiegelt strukturelle Ungleichheiten und die Stigmatisierung dieser Bevölkerungsgruppe wider. Deutlich mehr als ein Viertel (29 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung beschreibt Diskriminierung sogar als ein ständiges Problem. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eines verstärkten politischen und gesellschaftlichen Engagements, um sicherzustellen, dass bestehende Gesetze effektiv umgesetzt werden und die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen in allen Lebensbereichen geschützt werden.

Der Großteil der Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gibt an, dass es häufig kleine, unsichtbare Handlungen sind, die sie diskriminieren (Menschen mit Beeinträchtigung: 58 Prozent; Gesamtbevölkerung: 39 Prozent). Zudem fühlt sich etwa die Hälfte der Menschen mit Beeinträchtigung (47 Prozent) in ihren Problemen nicht ernst genommen. Die Unsicht-

barkeit der Diskriminierung und die fehlende Wahrnehmung der Probleme von Menschen mit Beeinträchtigung durch andere könnten ausschlaggebend dafür sein, dass 37 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung nicht wissen, wie sie sich wehren können, wobei an dieser Stelle eine Verbesserung der Situation zu beobachten ist (2025: 41 Prozent).

Abbildung 4: Wahrnehmung von Diskriminierungserfahrungen

Frage: Du siehst nun sechs Sätze zum Thema Diskriminierung.
Wir wollen wissen: Stimmst du diesen Sätzen zu oder nicht?



Darstellung in Prozent | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „ganz klar ja“ und „eher ja“ | Basis: Menschen mit Beeinträchtigung n = 593; Gesamtbevölkerung n = 500

Folgen von Diskriminierung

Für deutlich mehr als ein Viertel (29 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung ist Diskriminierung ein ständiges Problem, was erhebliche Folgen für die Betroffenen hat. Ähnlich wie beim Mobbing wählen Betroffene daher Vermeidungsstrategien, um nicht erneut diskriminiert zu werden. 44 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung hat nach erlebter Diskriminierung ähnliche Situationen vermieden, um weiterer Diskriminierung zu entgehen. Dies verdeutlicht, dass Diskriminierungserfahrungen nicht als isolierte Vorfälle betrachtet werden, sondern als prägende Erfahrungen, die eine anhaltende Veränderung im Verhalten und in der Lebensgestaltung bewirken. Diese Veränderung zeigt sich beispielsweise darin, dass knapp ein Viertel (23 Prozent) der von Diskriminierung betroffenen Menschen mit Beeinträchtigung nur noch an Orte geht, an denen sie keine weiteren Diskriminierungserfahrungen erwarten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil zwar leicht rückläufig (2025: 27 Prozent), jedoch macht es weiterhin ein gesellschaftliches Problem deutlich. Denn ein Drittel (33 Prozent) der Betroffenen mit Beeinträchtigung hat die Erfahrungen sogar internalisiert, was bedeutet, dass sie nach solchen Vorfällen an ihrem eigenen Wert zweifeln und das Gefühl haben, nicht zu genügen. 20 Prozent geben sich selbst die Schuld an der Diskriminierung, was die tiefgreifenden psychischen Auswirkungen von Diskriminierung verdeutlicht, die über den jeweils konkreten Vorfall hinausgehen und das Selbstbild beeinträchtigen können.

Die Folgen von Diskriminierung werden zusätzlich verstärkt durch das Gefühl der Isolation, das viele Menschen mit Beeinträchtigung empfinden. Fast die Hälfte von ihnen (47 Prozent) gibt an, dass sie sich von anderen nicht verstanden oder ernst genommen fühlen. Ferner haben 82 Prozent das Gefühl, dass Diskriminierung nur dann ernst genommen wird, wenn sie öffentlich sichtbar ist. Dies verdeutlicht, dass viele Diskriminierungsfälle im Verborgenen bleiben und somit nicht die erforderliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erhalten. Diese unsichtbare Diskriminierung ist oft kaum wahrnehmbar, prägt jedoch alltägliche Handlungen und Strukturen, die von Grund auf Ausgrenzung fördern können. Durch solche kleinen, unsichtbaren Handlungen fühlen sich 58 Prozent der Betroffenen mit Beeinträchtigung besonders diskriminiert. Dies unterstreicht die Bedeutung von Mikroaggressionen und unbewussten Vorurteilen, die das Leben von Menschen mit Beeinträchtigung prägen. Mikroaggressionen sind alltägliche, oft unbeabsichtigte Bemerkungen oder Handlungen, die verletzend wirken und Ausgrenzung verstärken. Unbewusste Vorurteile beruhen auf tief verankerten Denkmustern, die das Verhalten gegenüber bestimmten Gruppen beeinflussen – oft ohne, dass sich die handelnden Personen ihrer Voreingenommenheit bewusst sind.

Die folgenden Kapitel thematisieren die Diskriminierungserfahrungen in den verschiedenen Lebensbereichen und die Reaktionen der Betroffenen darauf.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Rund ein Fünftel der Anfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes thematisierten 2025 den Bereich „Zugang zu Gütern und Dienstleistungen“, zu dem auch der Wohnungsmarkt gehört (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2025). Viele Menschen mit Beeinträchtigung erfahren bei der Suche nach einer geeigneten Wohnung Diskriminierung. Zwölf Prozent von ihnen sagen, dass sie schlechtere Chancen auf Besichtigungstermine erhalten. In der Gesamtbevölkerung geben sieben Prozent der Befragten an, diese Erfahrung gemacht zu haben. Hier kann davon ausgegangen werden, dass viele der Menschen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, ebenfalls zu einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe (beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund) gehören. Allgemein lässt sich jedoch sagen, dass Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betroffen sind. 47 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung haben in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung dahingehend erlebt. Dieser Wert ist unverändert zu 2025, während in der Gesamtbevölkerung ein leichter Rückgang der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen ist (2026: 22 Prozent versus 2025: 28 Prozent).

Konkrete Diskriminierungserfahrungen machen Menschen mit Beeinträchtigung auf dem Wohnungsmarkt nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern auch im Kontakt mit anderen Personen. So erlebten 15 Prozent der von Diskriminierung betroffenen Menschen mit Beeinträchtigung beim Wohnen in den vergangenen Jahren Diskriminierung durch Nachbar*innen. Dieser Wert bleibt im Vergleich zu 2025 gleich, während die Gesamtbevölkerung zunehmend seltener diese Form der Diskriminierung erlebt (2026: vier Prozent versus 2025: zehn Prozent). Auch bei der Diskriminierung durch Vermieter*innen liegt der Anteil der Betroffenen mit Beeinträchtigung deutlich über dem der Gesamtbevölkerung (zwölf Prozent versus fünf Prozent). Ein zusätzlicher Diskriminierungsaspekt, der Menschen mit Beeinträchtigung in besonderem Maße betrifft, ist die fehlende Barrierefreiheit. 21 Pro-

„Keine Lösungen / Verständnis von Vermieter*innen, weil ich als blinde Person kaum die Kehrwoche machen kann. Außerdem gibt es oft Aus-hänge, die ich nicht bemerke – ich habe gebeten, sie mir digital zuzuschicken oder ausgedruckt im Briefkasten. Passiert nicht.“

Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung

“

zent wurden in den vergangenen Jahren durch mangelnde Barrierefreiheit auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert. Dies steht im Kontext des Mangels an barrierefreiem Wohnraum in Deutschland.

Die Versorgung mit barrierereduziertem Wohnraum deckt derzeit nur etwa ein Drittel des Bedarfs. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft IW stehen rund drei Millionen Haushalten, die auf barrierereduzierten Wohnraum angewiesen sind, lediglich etwa 1,2 Millionen barrierereduzierte Wohnungen gegenüber. Daraus ergibt sich eine Versorgungslücke von rund 2 Millionen Wohnungen (Deschermeier / Destatis 2022). Trotz dieses eklatanten Mangels, der zu einer Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung auf dem Wohnungsmarkt führt, umfasst der aktuelle Koalitionsvertrag von CDU / CSU und SPD keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Zwar soll in den kommenden Jahren mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, jedoch

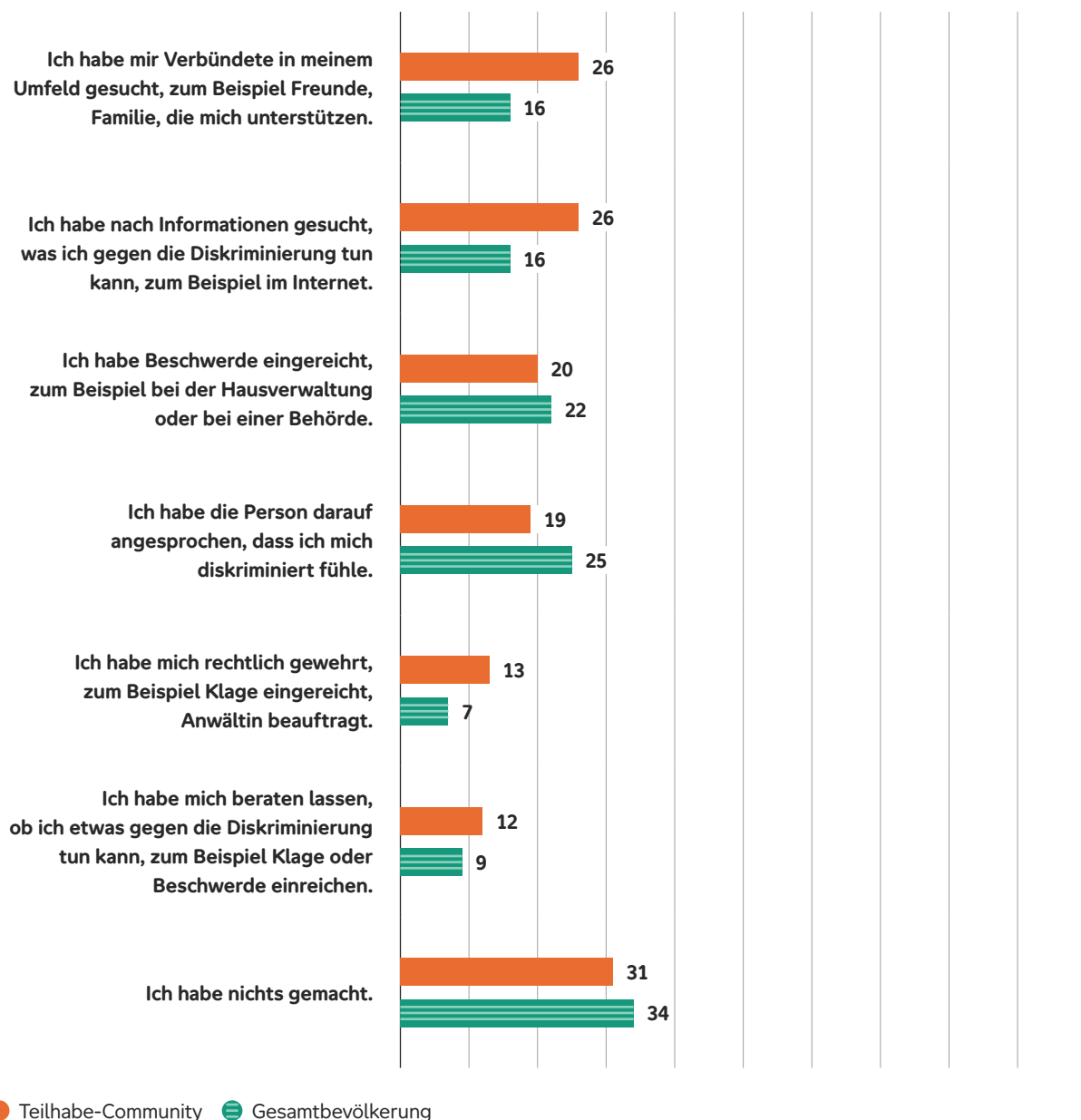
verständigen sich die Koalitionspartner in dem Papier auf keine genaue Zahl an zusätzlichen barrierefreien Wohnungen (CDU / CSU / SPD 2025).

Die erlebte Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt begegnen Menschen mit Beeinträchtigung meist ähnlich wie die Gesamtbevölkerung. In beiden Grup-

pen haben sich rund zwei Drittel gegen Diskriminierung gewehrt (Menschen mit Beeinträchtigung: 66 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 64 Prozent). Während Menschen mit Beeinträchtigung jedoch eher informelle Wege des Wehrens wählen, geht die Gesamtbevölkerung im Vergleich eher offizielle Wege. Bei beiden Gruppen lag der Anteil derjenigen,

Abbildung 5: Reaktionen auf Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt

Frage: Du hast angegeben, dass du dich beim Thema Wohnen oder Wohnungssuche schon einmal diskriminiert gefühlt hast. Manche Menschen wehren sich gegen diese Diskriminierung, manche nicht. Was hast du gemacht?



Darstellung in Prozent | Basis: Nur Befragte, die beim Thema Wohnen schon diskriminiert worden sind. Menschen mit Beeinträchtigung (Teilhabe-Community) n = 293, Gesamtbevölkerung n = 83

die sich Verbündete im eigenen Umfeld suchen 2025 bei knapp 30 Prozent. Für Menschen mit Beeinträchtigung stellt dies weiterhin die häufigste Form dar (26 Prozent). In der Gesamtbevölkerung hat sich dieser Wert jedoch erheblich verringert, und zwar auf 16 Prozent. Die häufigste Form des Wehrens ist in dieser Gruppe nun das Einreichen einer Beschwerde zum Beispiel bei der Hausverwaltung oder einer Behörde (22 Prozent). Der vorhandene Unterschied zwischen den beiden untersuchten Gruppen, wie sich beim Thema Wohnen gewehrt wird, könnte auch mit den befürchteten Konsequenzen zusammenhängen: 35 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung wehren sich nicht gegen erlebte Diskriminierung am Wohnungsmarkt, weil sie befürchten, dadurch noch mehr Probleme zu bekommen. In der Gesamtbevölke-

rung liegt dieser Wert bei 24 Prozent. Dass Menschen mit Beeinträchtigung stärkere Angst vor weiteren Problemen haben, könnte erklären, warum sie eher informelle Wege des Wehrens bevorzugen. Gleichzeitig zeigt dieses Ergebnis, dass sich Menschen mit Beeinträchtigung in der Gesellschaft nicht sicher genug fühlen, um offiziell Beschwerde einzureichen. Hinzu kommt außerdem ein mangelnder Glaube daran, dass es etwas bringt, sich gegen Diskriminierung zu wehren (55 Prozent) und eine Unwissenheit darüber, wer ihnen helfen kann (34 Prozent). Dies zeigt, dass Melde- und Beratungsstellen für Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder lokale Beratungsstellen, bekannter werden müssen.

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Mit 3.670 Fällen stellten Beratungsanfragen zu Diskriminierungserfahrungen im Arbeitsleben im Jahr 2025 den häufigsten Meldegrund bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes dar (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2025). Dass Diskriminierung im Arbeitsleben ein häufiges Phänomen ist, zeigt auch die durchgeführte Befragung. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung haben diese bereits erfahren. Bei Menschen mit Beeinträchtigung ist die Diskriminierung in diesem Lebensbereich sogar deutlich höher: Deutlich mehr als die Hälfte (59 Prozent) von ihnen haben in den vergangenen Jahren Diskriminierung im Berufsleben erlebt.

Diskriminierung im Arbeitsleben zeigt sich an unterschiedlichen Stellen. Bereits im Bewerbungsprozess werden Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig diskriminiert wie die Gesamtbevölkerung (Menschen mit Beeinträchtigung: neun Prozent versus Gesamtbevölkerung: vier Prozent). Acht Prozent von ihnen geben an, bei einem Vorstellungsgespräch unfair behandelt worden zu sein. In der eigenen beruflichen Weiterentwicklung erleben sie Hemmnisse, indem sie das Gefühl haben, weniger Weiterbildungen machen zu dürfen (neun Prozent), oder ihnen Karrierechancen verwehrt werden (18 Prozent). Auch im Kontakt mit Kolleg*innen erfahren Menschen mit Beeinträchtigung häufig Diskriminierung. Mehr als ein Viertel (26 Prozent) hat Mobbing Erfahrungen gemacht und knapp ein Fünftel (18 Prozent) war schon diskriminierenden Kommentaren und Witzen ausgesetzt. An dieser Stelle werden Vorurteile und mangelnde Akzeptanz von Menschen mit Beeinträchtigung im Berufsleben deutlich sichtbar. Gleichwohl die Gesamtbevölkerung von Diskriminierung im Arbeitsleben berichtet, so ist der Anteil der von Diskriminierung Betroffenen mit Beeinträchtigung fast überall höher. Lediglich bei der unfairen Bezahlung liegt der Anteil der Betroffenen in der Gesamtbevöl-

„Der Chef hat sich unmöglich verhalten wegen der Erkrankung und hat auch öfter eine Entlassung ins Spiel gebracht.“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung

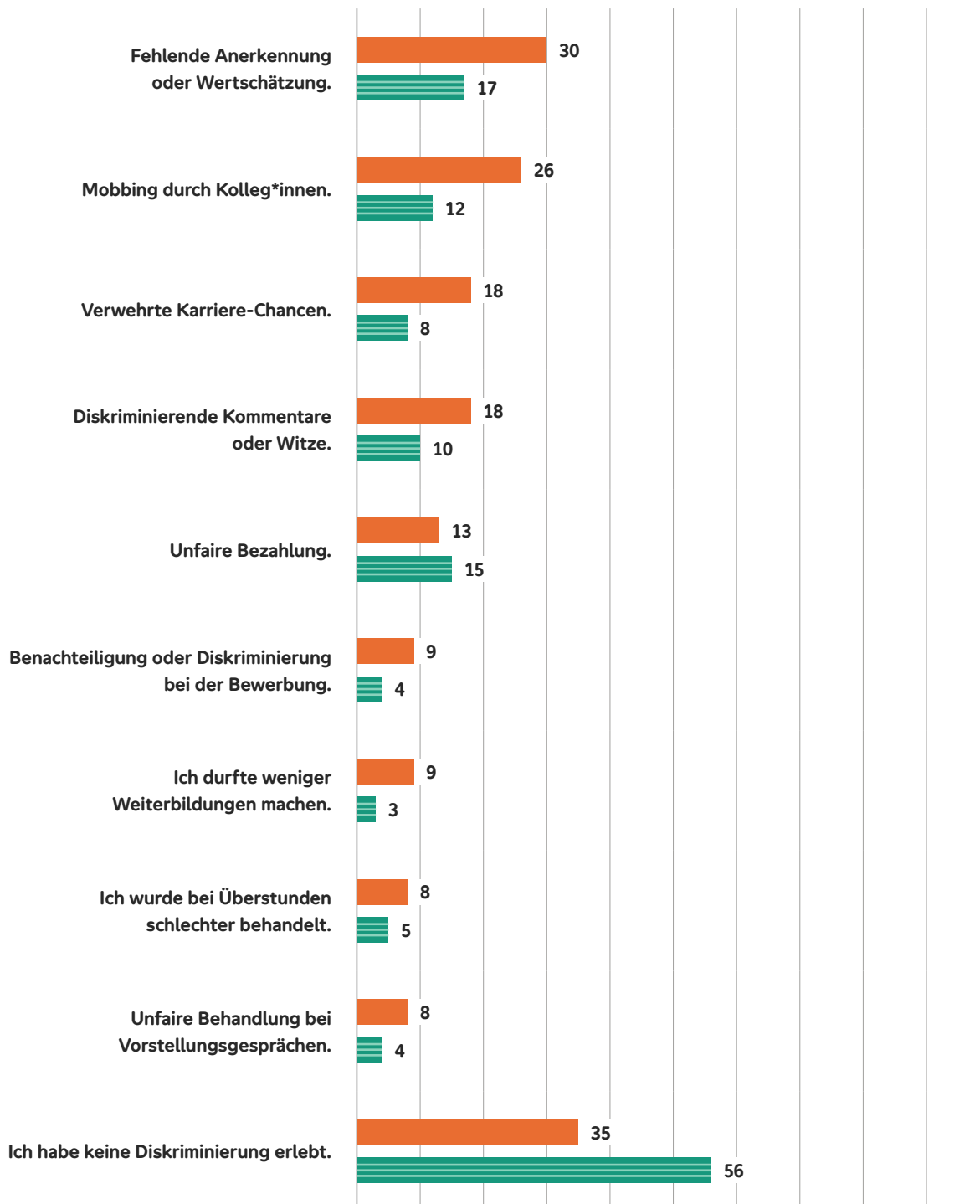
“

kerung höher als der Anteil bei den Menschen mit Beeinträchtigung (Menschen mit Beeinträchtigung: 13 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 15 Prozent). Dies lässt sich jedoch durch bekannte arbeitsmarktbezogene Diskriminierungen Beispiel die „Gender Paygap“, also den Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, erklären.

Insgesamt fällt auf, dass Menschen mit Beeinträchtigung in den meisten Bereichen des Berufslebens fast doppelt so häufig diskriminiert werden wie die Gesamtbevölkerung. Dies hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Betrachtet man den Anteil derer, die sich gegen erlebte Diskriminierung wehren, so zeigt sich folgendes Bild: 2025 haben sich noch 71 Prozent der Betroffenen aus der Gesamtbevölkerung gewehrt. Dieser Wert ist 2026 auf 59 Prozent gesunken. Bei Menschen mit Beeinträchtigung ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Hier hat sich der Anteil von 73 Prozent (2025) auf 67 Prozent (2026) verringert.

Abbildung 6: Formen der Diskriminierung im Arbeitsleben, die Menschen mit Beeinträchtigung und die Gesamtbevölkerung erleben

Frage: Welche Barrieren oder Diskriminierungen hast du schon einmal an deinem Arbeitsplatz oder bei der Suche nach einem Arbeitsplatz erlebt?



● Teilhabe-Community ● Gesamtbevölkerung

Darstellung in Prozent | Mehrfachauswahl möglich | Antwortmöglichkeiten ausgewählt und gekürzt |

Basis: Menschen mit Beeinträchtigung n = 593; Gesamtbevölkerung n = 500

Am häufigsten wenden sich die Befragten an ihre*n Vorgesetzte*n oder die Personalabteilung (Menschen mit Beeinträchtigung: 29 Prozent Gesamtbevölkerung: 25 Prozent). Anzumerken ist hier, dass sich der Wert der Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr dem der Menschen mit Beeinträchtigung angleicht (2025: Menschen mit Beeinträchtigung: 32 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 37 Prozent), also der Abstand zwischen beiden untersuchten Gruppen geringer wird.

„Vorgesetzte haben sich bei ihren Vorgesetzten beschwert, dass es zeitlich zu belastend wäre, oder auch meine gesundheitlichen Einschränkungen negiert. Unter anderem: ‚Sie wirken ja gar nicht autistisch‘.“

Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung



Besorgniserregend sind jedoch die Gründe, warum sich 32 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung und sogar 39 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht gegen die erlebte Diskriminierung am Arbeitsplatz wehren. 67 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung und 60 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich nicht gegen Diskriminierung wehren, geben als Grund dafür an, dass es „nichts bringen würde“. Erschreckend ist, dass knapp als jede*r Vierte (Menschen mit Beeinträchtigung: 42 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 38 Prozent) befürchtet, dass das Wehren gegen Diskriminierung zu mehr Problemen führen könne. Bei Menschen mit Beeinträchtigung ist dieser Wert zwar gesunken (2025: 53 Prozent), jedoch weisen die aktuellen Werte immer noch darauf hin, dass viele Menschen mit Diskriminierungserfahrungen im Kontext Arbeit weiterhin ein Gefühl von Unsicherheit erleben. Ein Grund, warum sie Angst haben, sich gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt zu wehren, könnte somit sein, dass sie befürchten, ihren Job zu verlieren und deutlich schwieriger eine neue Anstellung zu finden.

Diskriminierung im Alltag und im digitalen Raum

Neben dem Arbeitsleben erfahren viele Menschen mit Beeinträchtigung auch Diskriminierung im Alltag. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) haben bereits Diskriminierungserfahrungen im Privatleben oder in der Öffentlichkeit gemacht. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Wert leicht gesunken (2025: 71 Prozent). Viele der Diskriminierungserfahrungen in diesem Bereich basieren auf konkretem Verhalten anderer Personen. 44 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung berichten von unhöflichem Verhalten ihnen gegenüber. 26 Prozent wurden absichtlich ignoriert oder übersehen; des Weiteren sahen sich 26 Prozent diskriminierenden Kommentaren oder Beleidigungen ausgesetzt. 18 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung haben sogar Angst vor körperlichen Angriffen oder Belästigung. Dieser Wert weicht deutlich von der Gesamtbevölkerung ab. Hier haben nur neun Prozent Angst vor Angriffen, was zeigt, dass Gewalt gegenüber Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin ein strukturelles Problem darstellt.

Allgemein übersteigen die Anteile derjenigen mit Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Beeinträchtigung die der Gesamtbevölkerung. Doch auch letztere ist in vielen Fällen (42 Prozent) Diskriminierung im Privatleben und in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Hier ist davon auszugehen, dass neben Menschen mit Beeinträchtigung, die überproportional häufig diskriminiert werden, auch andere marginalisierte Personengruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund, queere oder ältere Menschen von diesem Problem betroffen sind. Das zeigen auch beispielsweise die Studien „Queer durch NRW“ (Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, 2025) oder „Age ismus. Altersbilder und Altersdiskriminierung“ (Kessler / Warner 2023).

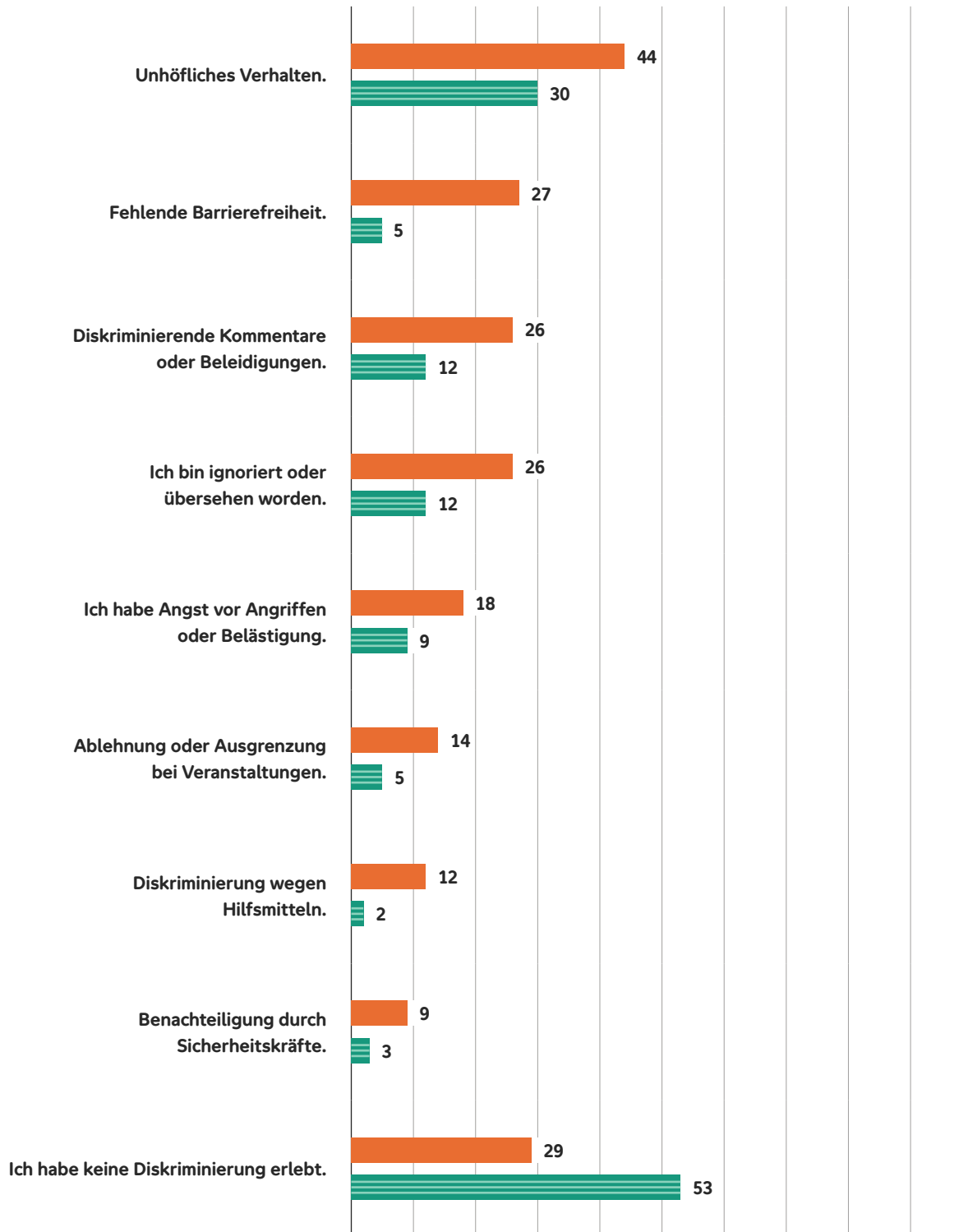
Menschen mit Beeinträchtigung sind jedoch zusätzlich von spezifischen Diskriminierungsformen betroffen, die auf ihrer Beeinträchtigung beruhen. Ein Beispiel dafür ist, dass sich 14 Prozent der Befragten von Veranstaltungen ausgegrenzt fühlen. Mangelnde Barrierefreiheit, die 27 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung in ihrem Alltag erleben, kann einer der Gründe dafür sein und stellt eine Form von struktureller Diskriminierung im Alltag von Menschen mit Beeinträchtigung dar.

Gegen diese Form der strukturellen Diskriminierung wehren sich zunehmend weniger Menschen mit Beeinträchtigung (2025: 67 Prozent versus 2026: 62 Prozent). Inzwischen liegt der Anteil derjenigen mit Beeinträchtigung für die Nutzung verschiedener Lösungsstrategien sehr nah an dem der Gesamtbevölkerung (2025: 58 Prozent versus 2026: 64 Prozent). Die am häufigsten genutzte Bewältigungsstrategie von Menschen mit Beeinträchtigung ist, über ihre Diskriminierungserfahrungen mit Freund*innen oder der Familie zu sprechen (41 Prozent). Sie gehen mit ihren Erfahrungen aber auch an die Öffentlichkeit (17 Prozent) oder suchen in Selbsthilfegruppen Unterstützung (neun Prozent). Der Anteil derjenigen, die sich gar nicht gegen Diskriminierung wehren, steigt jedoch: Während im vergangenen Jahr 29 Prozent nichts unternahmen, ist dieser Wert 2026 auf 36 Prozent gestiegen. Dass sich immer weniger Menschen wehren, könnte eventuell mit einer wahrgenommenen Aussichtslosigkeit zusammenhängen. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Betroffenen mit Beeinträchtigung glaubt, dass es nichts bringt, sich gegen Diskriminierung im öffentlichen Raum oder im Privatleben zu wehren.

Mangelnde Barrierefreiheit sorgt auch in der digitalen Welt für Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung. Acht Prozent geben an, durch Barrieren

Abbildung 7: Auftreten von Formen der Diskriminierung in Privatleben und Öffentlichkeit

Frage: Welche Barrieren oder Diskriminierungen hast du schon einmal im Privatleben oder in der Öffentlichkeit erlebt?



● Teilhabe-Community ● Gesamtbevölkerung

Darstellung in Prozent | Antwortmöglichkeiten gekürzt | Basis: Menschen mit Beeinträchtigung n = 593;
Gesamtbevölkerung n = 500

bei der Nutzung von Apps oder Internetseiten diskriminiert zu werden. Dabei bietet die Digitalisierung für Menschen mit Beeinträchtigung die Chance auf mehr Teilhabe. Zu diesem Ergebnis kommt die Trendstudie Digitale Teilhabe der Aktion Mensch (Aktion Mensch 2021). Technologie kann die Chancengleichheit im Arbeitsalltag erhöhen, Autonomie und Selbstbestimmung fördern oder neue Zugänge zu gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen, so heißt es in der Studie (ebenda). Doch dies ist nur möglich, wenn digitale Angebote barriere- und diskriminierungsfrei gestaltet sind. Das fordern auch die Mehrheit der Befragten in einer Studie der Aktion Mensch zur Nutzung von KI-Anwendungen. 87 Prozent fordern, dass diese neue Form der digitalen Angebote frei von Diskriminierung programmiert werden sollte (Aktion Mensch 2026a).

Neben der Zugänglichkeit von digitalen Inhalten machen Menschen mit Beeinträchtigung auch im Kontakt mit anderen Menschen im Internet Diskriminierungserfahrungen. Jede*r Fünfte (20 Prozent) hat beispielsweise beleidigende, erniedrigende, abwertende oder herabsetzende Nachrichten online erhalten. Etwa jede*r Zehnte wurde auf Social Media von mindestens einer Person blockiert (elf Prozent) oder in Online-Gruppen ausgeschlossen (acht Prozent). Auch die Verbreitung von Unwahrheiten

über ihre Person im Internet stellt für 16 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung ein Problem dar. Insgesamt wurden 39 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung in den vergangenen fünf Jahren im Internet diskriminiert. In der Gesamtbevölkerung machten lediglich 26 Prozent solche Erfahrungen.

Der Großteil (83 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung wehrt sich gegen die Diskriminierung in diesem Lebensbereich, vermutlich auch weil hier Beschwerden deutlich niedrigschwelliger anzubringen sind. Am häufigsten werden Reaktionen genannt, die auf den Plattformen stattfinden, auf denen die diskriminierende Handlung stattfand. Etwa die Hälfte der Betroffenen mit Beeinträchtigung (49 Prozent) blockiert Nutzer*innen, die sie diskriminieren, knapp ein Viertel (24 Prozent) passt die eigenen Sicherheitseinstellungen an. 30 Prozent melden die Diskriminierung bei der Plattform. Neben diesen Schutzmaßnahmen gehen Menschen mit Beeinträchtigung mit ihren Diskriminierungserfahrungen im Internet auch an die Öffentlichkeit: 19 Prozent berichten online über ihre Erfahrungen, zehn Prozent nehmen an Online-Aktionen teil.

Diskriminierung durch Staat, Behörden und Gesundheitssystem

Menschen mit Beeinträchtigung stehen häufig in Kontakt mit Behörden oder dem Gesundheitssystem. Dadurch sind sie wahrscheinlich überproportional häufig von Diskriminierung durch diese Stellen betroffen. Nur 39 Prozent haben noch keine Diskriminierungserfahrungen im Kontakt mit staatlichen Stellen, Behörden oder dem Gesundheitssystem gemacht. Dieser Wert ist im Vergleich zur letzten Erhebung leicht angestiegen (2025: 34 Prozent). Nichtsdestotrotz sind sie weiterhin deutlich häufiger von Diskriminierung betroffen als die Gesamtbevölkerung, in der 68 Prozent nicht von solchen Erfahrungen berichten.

Rund ein Fünftel der Menschen mit Beeinträchtigung fühlt sich vor allem im direkten Kontakt und bei der Beantragung von Leistungen diskriminiert. So berichten knapp ein Viertel (24 Prozent) von Missverständnissen mit Behörden und Ämtern, die durch schlechte Kommunikation entstanden sind. Dies könnte auf mangelndes Wissen im Bereich der Kommunikation mit Menschen mit Beeinträchtigung seitens der Behörden oder des Gesundheitssystems zurückgeführt werden. In einer Befragung zum Thema Gesundheitsversorgung (Aktion Mensch 2026b), fordern 72 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung, dass Gesundheitspersonal im Umgang und in der Kommunikation mit Menschen mit Beeinträchtigung geschult werden sollte, im Idealfall bereits ab der Ausbildung. Der hohe Anteil an Personen, die angegeben haben, an dieser Stelle Diskriminierung zu erfahren und die Tatsache, dass sich 16 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung aufgrund von Vorurteilen schlecht beraten fühlen, liegen nahe, dass solche Schulungen in vielen Bereichen benötigt werden.

Das Stellen von Anträgen auf Leistungen ist ein häufiges Anliegen, mit dem sich Menschen mit Beeinträchtigung an behördliche Stellen wenden. 21 Prozent

„Unter Druck Setzung durch Amtsmitarbeiter*innen durch ständige Gutachten, obwohl sich meine Situation nicht verändert hat.“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung

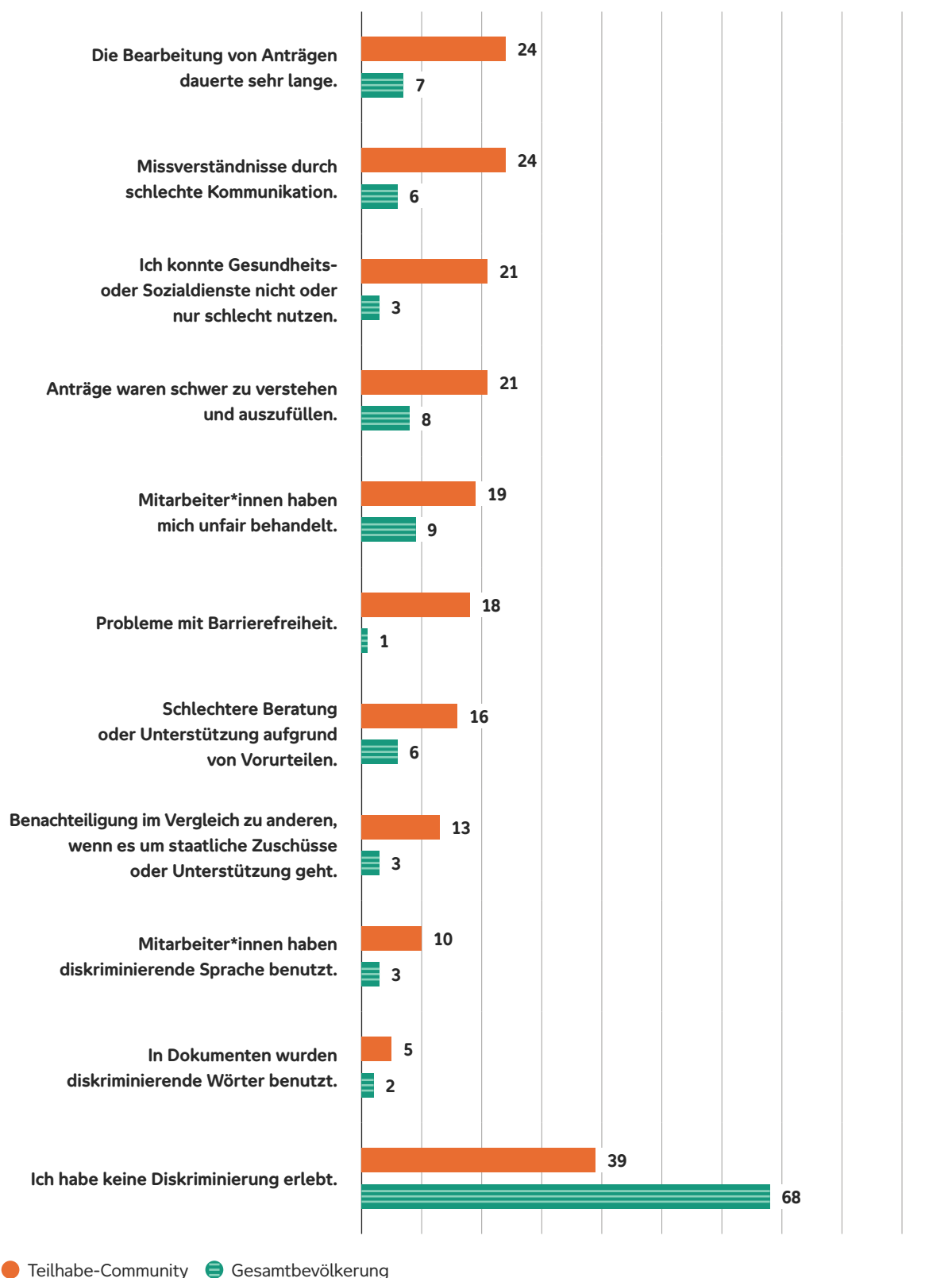
“

von ihnen haben Probleme beim Ausfüllen oder dem Verstehen solcher Formulare. Das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) und die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten Behörden dazu, Informationen so zu gestalten, dass sie für jeden verständlich sind. Dies gilt insbesondere für Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke. Dass rund ein Fünftel Probleme mit der Verständlichkeit der Anträge hat und 18 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung Probleme mit der Barrierefreiheit angeben, weist darauf hin, dass dieser Verpflichtung derzeit nicht umfänglich nachgekommen wird. Schließlich berichten 24 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung, dass die Bearbeitung von Anträgen sehr lange dauert. Dies führt dazu, dass Leistungsberechtigte die Leistungen, die ihnen zustehen, oftmals erst nach langer Wartezeit erhalten.

Ein weiterer Aspekt der Diskriminierung, den Menschen mit Beeinträchtigung bei Behörden, staatlichen Stellen und im Gesundheitssystem erfahren, ist die unsensible Verwendung von Sprache. Jede*r Zehnte beklagt diskriminierende Sprache durch Mitarbeiter*innen in Behörden. Weitere fünf Prozent benennen

Abbildung 8: Arten der Diskriminierung durch staatliche Stellen, Behörden oder das Gesundheitssystem

Frage: Welche Barrieren oder Diskriminierungen hast du schon einmal durch staatliche Stellen, Behörden oder im Gesundheitssystem erlebt?



Darstellung in Prozent | Antwortmöglichkeiten gekürzt | Basis: Menschen mit Beeinträchtigung n = 593; Gesamtbevölkerung n = 500

die Nutzung diskriminierender Wörter in Dokumenten. Staatliche Stellen, Behörden oder das Gesundheitssystem sind die Orte, an denen sowohl Menschen mit Beeinträchtigung also auch die Gesamtbevölkerung am seltensten gegen Diskriminierung vorgehen (Menschen mit Beeinträchtigung: 60 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 51 Prozent). In der Gesamtbevölkerung ist dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr sogar deutlicher gesunken (2025: Menschen mit Beeinträchtigung: 61 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 56 Prozent). Bei Menschen mit Beeinträchtigung ist die Zahl der Menschen, die eine Beschwerde gegen Diskriminierung durch staatliche Stellen, Behörden oder das Gesundheitssystem einreichen, jedoch ebenfalls stark gesunken. Taten 2025 dies noch 28 Prozent der Betroffenen, ist dieser Wert 2026 auf ein Viertel (25 Prozent) gesunken. Viele Menschen wehren sich nicht, weil sie nicht glauben, dass es etwas bringt. Diese Meinung haben Menschen mit Beeinträchtigung zunehmend (2025: 66 Prozent versus 2026: 73 Prozent). In der Gesamtbevölkerung nimmt diese Meinung hingegen ab (2025: 69 Prozent versus 2026: 63 Prozent). Diese unterschiedliche Entwicklung deutet auf eine zunehmend schwierige Situation bei Menschen mit Beeinträchtigung hin, die nicht nur häufiger Diskriminierung in diesem Fall erfahren, sondern auch nicht glauben, dass sie etwas an dieser Situation verändern können. Dieser Ausichtslosigkeit ist jedoch entgegenzustellen, dass sie deutlich häufiger wissen, an wen sie sich im Fall von Diskriminierung durch staatliche Stellen, Behörden oder das Gesundheitssystem wenden können.

Ein weiterer Grund, aus dem sich Menschen nicht gegen Diskriminierung im Kontext von Staat, Behörden oder im Gesundheitssystem wehren, ist die Angst, dadurch mehr Probleme zu bekommen (Menschen mit Beeinträchtigung: 39 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 30 Prozent). Der Anteil der Menschen, die dies befürchten, ist im Vergleich zu 2025 sogar gestiegen (2025: Menschen mit Beeinträchtigung: 33 Prozent versus Gesamtbevölkerung: 25 Prozent). Dass in beiden Gruppen mehr als ein Drittel der Menschen, die Diskriminierung erfahren haben, Angst hat, durch das Einlegen einer Beschwerde Probleme mit Behörden und dem Staat zu bekommen, zeigt auf besorgniserregende Weise ein fehlendes Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Vor dem Hintergrund zunehmender politischer Polemik, vor allem gegen marginalisierte Gruppen, könnte hier von einem Klima der Angst gesprochen werden.

Das Deutsche Institut für Menschenrecht verweist ebenfalls auf die zunehmende Diskriminierung durch Behörden und fordert, in der angestoßenen Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), dessen Anwendungsbereich auf staatliche Stellen auszuweiten, um Betroffenen bei systematisch auftretenden Diskriminierungen belastende Gerichtsverfahren zu ersparen. (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2025)

Ideen gegen Diskriminierung

Die hohe Anzahl der von Diskriminierung betroffenen Menschen verdeutlicht, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema handelt. Aufklärung spielt eine entscheidende Rolle im Kampf dagegen. So geben 53 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung an, dass ein besseres Verständnis für die Problematik von Diskriminierung notwendig ist, um deren Häufigkeit zu verringern. In diesem Zusammenhang fordern 59 Prozent der Befragten eine verstärkte Bildung zu Themen der Diskriminierung und des Respekts in Schulen und am Arbeitsplatz.

„Projekte zur Umsetzung von Barrierefreiheit müssen besser finanziell unterstützt werden, gesetzliche Pflicht zum barrierefreien Bauen auch bei Wohn- und Geschäftshäusern.“

Befragungsteilnehmer*in
mit Beeinträchtigung



Die Befragten sehen zudem den Staat in der Verantwortung, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen. So fordert die Hälfte (50 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung, dass der Staat mehr für die Integration benachteiligter Gruppen unternimmt. Als eine Möglichkeit, das Internet zu einem weniger rechtslosen Raum zu machen, sehen 72 Prozent, dass alle Menschen im Internet ihren echten Namen nennen müssen, um eine verbesserte Verfolgbarkeit von Diskriminierung zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern 55 Prozent härtere Strafen und eine verbesserte Durchsetzung bestehender Gesetze gegen Diskriminierung. Ein Beispiel für unzureichende Sanktionen bei der Nichteinhaltung von Gesetzen gegen Diskriminierung ist das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG), das im Juni 2025 in Kraft trat. Die Festgelegten Strafen finden bisher keine Anwendung.

Die allgemeine Schaffung von Barrierefreiheit wird von 54 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung als eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung von Diskriminierung angesehen. Mangelnde Barrierefreiheit stellt in vielen Lebensbereichen einen wesentlichen Diskriminierungsfaktor dar. Der Abbau von Barrieren würde somit direkt zur Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung beitragen.

Fazit

Die Ergebnisse der Befragung zeichnen ein alarmierendes Bild der Lebensrealität von Menschen mit Beeinträchtigung in Deutschland. Mobbing und Diskriminierung sind für viele von ihnen keine Einzelfälle, sondern wiederkehrende Erfahrungen, die zahlreiche Lebensbereiche durchziehen.

Die Mehrheit der Menschen mit Beeinträchtigung hat in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung erfahren, in der Gesamtbevölkerung trifft dies auf weniger als ein Drittel zu. Während die Anzahl der Betroffenen in der Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr sinkt, ist die Situation für Menschen mit Beeinträchtigung unverändert. Auch Mobbing erleben Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig wie die Gesamtbevölkerung.

Besonders deutlich wird, dass Mobbing und Diskriminierung nicht auf einzelne Situationen beschränkt sind. Sie treten in nahezu allen Lebensbereichen auf. Betroffene berichten von Diskriminierung im Privatleben oder in der Öffentlichkeit, Arbeitsleben und Prozent durch staatliche Stellen, Behörden oder das Gesundheitssystem. Die Befragung macht damit sichtbar, dass Benachteiligung für viele Betroffene kein isoliertes Ereignis, sondern Teil ihres Alltags ist.

Erschreckend sind vor allem die strukturellen Unterschiede zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung im Kontakt mit Behörden, staatlichen Stellen und dem Gesundheitssystem. Während die Mehrheit der Gesamtbevölkerung hier keine Diskriminierung erlebt, erfahren Menschen mit Beeinträchtigung sie in vielfältiger Form. Damit betrifft die Diskriminierung ausgerechnet jene Bereiche, die Unterstützung, gesundheitliche Versorgung, die Durchsetzung von Rechten und damit Teilhabe sicherstellen sollen. Ein deutlicher Hinweis auf Barrieren und strukturelle Defizite in bestehenden

Systemen. Die Folgen reichen weit über die eigentliche Situation hinaus. Nach Diskriminierung vermeiden viele ähnliche Situationen, um weitere negative Erfahrungen zu verhindern, knapp ein Viertel besucht nur noch Orte, an denen sie keine Diskriminierung erwarten. Rund ein Drittel zweifelt nach solchen Erfahrungen am eigenen Wert, einige geben sich selbst die Schuld. Diskriminierung beeinträchtigt damit nicht nur die konkrete Lebenssituation, sondern auch das Selbstbild und die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen.

Besonders problematisch ist die Diskrepanz zwischen der Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen und dem Vertrauen in bestehende Schutzmechanismen. Zwar wehren sich viele Menschen gegen Benachteiligung, gleichzeitig glauben zahlreiche Betroffene nicht daran, dass Gegenwehr etwas bewirken kann.

Vor allem im Umgang mit Behörden, staatlichen Stellen und dem Gesundheitssystem wird die Situation häufig als aussichtslos erlebt. Der Großteil derjenigen, die sich dort nicht gegen Diskriminierung wehren, sind überzeugt, dass Beschwerden ohnehin nichts verändern würden. Gleichzeitig haben viele Angst, durch eine Beschwerde noch mehr Probleme zu bekommen. Dies weist auf ein besorgniserregendes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen hin und zeigt, wie hoch die Hürden sind, die eigenen Rechte einzufordern.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass Mobbing und Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung kein Randphänomen, sondern ein strukturelles gesellschaftliches Problem sind. Die hohe Betroffenheit in nahezu allen Lebensbereichen, die weitreichenden Auswirkungen auf Teilhabe und Lebensqualität sowie das schwindende Vertrauen in bestehende Schutzmechanismen machen den Handlungsbedarf deutlich.

Eine inklusive Gesellschaft kann nur gelingen, wenn Diskriminierung konsequent bekämpft, Barrieren abgebaut und die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigung wirksam geschützt werden. Die Befragung zeigt dabei nicht nur die Herausforderungen, sondern auch die Richtung möglicher Lösungen auf: mehr Barrierefreiheit, bessere Aufklärung, wirksamere Beschwerde- und Unterstützungsstrukturen sowie eine Gesellschaft, die Diskriminierung erkennt, ernst nimmt und ihr entschieden entgegentritt.

Methodik

Die vorgestellten Daten entstammen einer quantitativen Online-Befragung, die die Aktion Mensch in Zusammenarbeit mit Ipsos Public Affairs durchgeführt hat. Ziel der Untersuchung war es, Erfahrungen und Einstellungen von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zu den Themen Diskriminierung und Mobbing zu erfassen. Die Befragung fand zwischen dem 02. und 14. Juli 2026 statt und umfasste insgesamt 1.093 Personen ab 16 Jahren.

Die Teilnehmenden der Erhebung setzten sich aus zwei Teilstichproben zusammen:

- **593 Personen mit Beeinträchtigung** aus der Teilhabe-Community, einem aus aktuell 2.300 Personen mit Beeinträchtigung umfassenden Online-Panel von Ipsos in Kooperation mit der Aktion Mensch.
- **500 Personen aus der deutschen Gesamtbevölkerung**, die über das Ipsos Access Panel rekrutiert wurden und repräsentativ für die Merkmale Geschlecht, Altersverteilung und Wohnregionen Deutschlands sind.

Die vorliegende Studie ist eine Wiederholungsbefragung der erstmals im Jahr 2025 durchgeführten Untersuchung zu Mobbing und Diskriminierung. Ziel der Wiederholung ist es, Entwicklungen im Zeitverlauf sichtbar zu machen und Veränderungen bei der Betroffenheit, den Folgen sowie dem Umgang mit Diskriminierung und Mobbing zu untersuchen. Die Entwicklung der ursprünglichen Befragung erfolgte unter direkter Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigung. Die Themenschwerpunkte wurden in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz am 29. April 2025 von fünf Mitgliedern der Teilhabe-Community sowie jeweils zwei Vertreter*innen der Aktion Mensch und von Ipsos erarbeitet. Auf dieser Grundlage wurde ein Fragebogen entwickelt, der

von derselben Gruppe in einer weiteren eineinhalbstündigen Videokonferenz am 23. Mai 2025 überarbeitet und zur Programmierung freigegeben wurde. Die Konzeption der Studie erfolgte somit unter Einbezug der Perspektiven von Menschen mit Beeinträchtigung. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherzustellen, wurde für die Erhebung 2026 derselbe Fragebogen verwendet. Dadurch können Veränderungen gegenüber dem Vorjahr unmittelbar nachvollzogen und eingeordnet werden.

Der Fokus der Befragung lag auf den Erfahrungen mit Mobbing und Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen. Darüber hinaus wurden die Folgen dieser Erfahrungen, der Umgang der Betroffenen mit Diskriminierung sowie die Bekanntheit und Nutzung von Unterstützungs- und Beschwerdeangeboten untersucht.

Bei der Einordnung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass durch die wiederholte Befragung derselben Panelpopulation sogenannte Paneleffekte entstehen können. Dies bedeutet, dass Mitglieder der Teilhabe-Community durch die Teilnahme insbesondere an der ersten Erhebungswelle bereits für die Themen sensibilisiert sind oder sich infolge der Befragung näher mit diesen auseinandergesetzt haben. Dies könnte etwa die Ergebnisse zur Bekanntheit von Ansprechstellen, Beratungsangeboten oder Möglichkeiten, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen, beeinflussen. Veränderungen in diesen Bereichen sind daher nicht ausschließlich als gesellschaftliche Entwicklungen zu interpretieren, sondern können teilweise auch auf Lerneffekte innerhalb des Panels zurückzuführen sein.

Literaturverzeichnis

Aktion Mensch (2021):

Digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Trendstudie. Bonn: Aktion Mensch e.V. https://aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/AktionMensch_Studie-Digitale-Teilhabe.pdf?v=16179909, zuletzt geprüft am 03.08.2026.

Aktion Mensch (2026a):

Digitale Teilhabe und Künstliche Intelligenz Erfahrungen. Einstellungen und Erwartungen von Menschen mit Beeinträchtigung. Bonn: Aktion Mensch e.V. <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/aktion-mensch-studie-digitale-teilhabe-ki.pdf?v=3a42aa70>, zuletzt geprüft am 03.08.2026.

Aktion Mensch (2026b):

Gesundheit für alle? Erfahrungen, Erwartungen und Bedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen. 2. Jahrgang, Bonn: Aktion Mensch e.V. <https://delivery-aktion-mensch.stylelabs.cloud/api/public/content/gesundheits-fuer-alle-2026.pdf?v=d34a5ef7>, zuletzt geprüft am 31.07.2026.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2025):

Jahresbericht 2025. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2025.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 14.08.2026.

CDU / CSU / SPD (2025):

Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin: Bundesregierung. https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, zuletzt geprüft am 31.07.2026.

Deschermeier, Philipp (2022):

IW-Trends. Altersgerechter Wohnraum. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2023/IW-Trends_2023-02-07_Deschermeier.pdf, zuletzt geprüft am 25.08.2025.

Deutsches Institut für Menschenrechte (2026):

Die AGG-Reform – Lange erwartet, aber bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/die-agg-reform-lange-erwartet-aber-bei-weitem-noch-nicht-abgeschlossen>, zuletzt geprüft am 10.08.2026.

Duden online (2026):

Mobbing. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Mobbing>, zuletzt geprüft am 10.08.2026.

Kessler, Eva-Marie / Warner, Lisa Marie (2023):

Age ismus. Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/altersbilder_lang.pdf?__blob=publicationFile&v=8, zuletzt überprüft am 31.07.2026.

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2025):

Quer durch NRW. Studie zu Lebenslagen und Erfahrungen von LSBTIQ*. Düsseldorf: MKJFGFI. https://www.mkjfgfi.nrw/system/files/media/document/file/queer-durch-nrw-gesamtfassung_bf.pdf, zuletzt geprüft am 03.08.2026.

Schnathorst, Rico / Mäder, Susanne (2025):

Ist-Analyse zu Programmen / Angeboten zum Thema Mobbing & Diskriminierung bei jungen Menschen (unveröffentlicht). Köln: Univation-Institut für Evaluation.

Statistisches Bundesamt (2024):

Wohnen in Deutschland – Zusatzprogramm Wohnen des Mikrozensus 2022. Wiesbaden: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Publikationen/Downloads-Wohnen/wohnen-in-deutschland-5122125229005.html>, zuletzt geprüft am 31.07.2026.

Impressum

Auftraggeberin:

Aktion Mensch e. V.
Verantwortlich: Sascha Decker
www.aktion-mensch.de

Datenerhebung:

Ipsos Public Affairs
Verantwortlich: Matthias Tobies

Redaktion:

Britta Klasen-Bönsch, Lea Thönnies (Aktion Mensch)

Grafik, Layout, Satz und barrierefreies PDF:

Nicole Schmitz, www.subgrafix.de

© **Copyright:** Aktion Mensch e. V., Bonn 2026



Mehr Informationen unter
www.aktion-mensch.de



Stand: August 2026



Hier geht es zu
allen Studien
der Aktion Mensch.

Aktion Mensch e.V.

Heinemannstr. 36

53175 Bonn

Telefon: 0228 2092-1525

britta.klasen.boensch@aktion-mensch.de